

PHILIPP HÜBL

## Die Zukunft nach der Pandemie: Solidarität oder autoritärer Reflex?

Die Corona-Pandemie hat die Welt schon jetzt nachhaltig verändert. Wir führen gerade ein weltweites Sozialexperiment durch, mit Ausgangssperren, Kontaktverbot und Tracking. Die Folgen sind ungewiss. Gleichzeitig ist die Welt zum ersten Mal so digital vernetzt, dass wir die globalen Ereignisse von überall in Echtzeit mitverfolgen können. Durch die Vernetzung ist auch die Wissenschaft besser als je zuvor befähigt, den Erreger zu erforschen, die Politik zu beraten und so die fatalen Folgen abzumildern.

Die Reaktionen der Menschen auf die Pandemie sind so polarisiert wie die Gesellschaft selbst. Zwei entgegengesetzte Reaktionen sind jetzt schon zu beobachten, die sich in Zukunft in Deutschland, aber auch weltweit verstärken könnten: Auf der einen Seite mehren sich Anzeichen für einen autoritären Rückschlag, auf der anderen, der größeren Seite könnte gerade ein Zeitalter globaler Solidarität anbrechen. Beide Entwicklungen hängen von den normativen (moralischen und politischen) Reaktionen der Menschen auf die Krise ab, die wiederum aus ihren emotionalen Neigungen entspringen: aus Angst und Ekel auf der einen, und aus Mitgefühl auf der anderen Seite. Beginnen wir mit den autoritären Tendenzen.

### Der autoritäre Reflex

Auf den ersten Blick bestätigt Corona auf makabre Weise alle Vorurteile der Neuen Rechten und anderer autoritärer Ideologien: Die Krankheit ist bedrohlich und stammt aus dem Ausland. Ihre Verbreitung ist eine Folge der Globalisierung. Überträger und Multiplikatoren sind vor allem die kosmopolitischen Eliten, die in der Welt umherreisen und sich in Tirol beim Skiurlaub treffen. Die Regierung hat die Ausbreitung nicht unter Kontrolle, nur drastische Maßnahmen wie Grenzschießungen scheinen zu helfen, und wer als Prepper Vorräte gehortet hat, ist am besten auf Lieferengpässe und Quarantänephase vorbereitet. So scheint es vor allem jenen, die sich den radikalen »Systemwechsel« wünschen. Auch dadurch ist die Pandemie ein nicht versiegender Quell für Verschwörungstheorien geworden, die besonders am rechten Rand ihre Blüten treiben.

Zwischen Virus und rechtem Denken besteht aber noch ein tieferer und gefährlicher Zusammenhang. Seit Jahrtausenden werten Menschen die Mitglieder anderer Gruppen oder Stämme ab, indem sie sie als infektiös und ekelhaft darstellen. Krankheiten können beides sein: Auslöser und Schein-Rechtfertigung für Rassismus und andere Formen von Fremdenfeindlichkeit. Schon während der Flüchtlingssituation 2015 in Europa wurden im rechten Diskurs Ängste vor Ansteckung geschürt. Die Suggestion »Die Fremden sind ansteckend« ist auch deshalb gefährlich, weil man den Ekel vor Infektionen und die daraus entspringenden Vorurteile gegenüber den »Fremden« schnell erzeugen kann, es aber deutlich länger braucht, sich davon wieder zu befreien, wie Untersuchungen zeigen (Olatunji 2006). Andere Emotionen wie Angst, Freude und Zorn beispielsweise verflüchtigen sich schneller.

Die Corona-Pandemie befördert Fremdenfeindlichkeit. In der Frühphase des Ausbruchs in China am Jahresanfang gab es dafür Verbote: Schon im Januar verweigerte eine Bar am Trevi-Brunnen in Rom Chinesen den Eintritt. Die französische Zeitschrift *Le Courrier Picard* sprach in einem Bericht über die Region Wuhan vom »gelben Alarm«. Deutsche mit vietnamesischen oder koreanischen Wurzeln erlebten früh antiasiatische Diskriminierung. Vor einigen Wochen verweigerte der Sicherheitsdienst des Fußballvereins RB Leipzig 20 Japanern den Eintritt zum Stadion.

Nicht nur diese Beispiele zeigen: Infektionsängste machen Menschen anfällig für Rassismus und andere Formen von Fremdenfeindlichkeit. Das haben Psychologen schon seit längerem nachgewiesen (Schaller/Park 2011). Allein wer mit dem Thema »Ansteckung« konfrontiert ist, wird unbekanntem Menschen gegenüber verschlossener: Nachdem Versuchspersonen Filme über Infektionen sahen, urteilten sie strenger über Einwanderung als Personen der neutralen Vergleichsgruppe (Navarrete/Fessler 2006). In einem anderen Experiment haben Psychologen während der Schweinegrippe-Epidemie im Jahr 2009 ihre Probanden zuerst über die Seuche informiert und danach Fragen zu politischen Themen gestellt. Das Ergebnis: Personen ohne Schutzimpfung hatten deutlich mehr Vorurteile gegenüber Immigranten als solche, die geimpft waren und sich sicher fühlten (Huang 2011). Mehr noch: Wie weltweite Studien zeigen, leben Menschen in Regionen mit hoher Parasitenbelastung deutlich kollektivistischer als in den unbelasteten Regionen (Thornhill 2009). Kollektivisten legen mehr Wert auf Traditionen und Regeln (McCrae/Allik 2002), und sie sind fremdenfeindlicher als Menschen in individualistischen Regionen wie Europa (Faulkner 2004).

Die Ergebnisse dieser Studien bilden zwar nur Korrelationen ab, decken sich aber mit vielen anderen großen Untersuchungen. Sobald Menschen ihre Umwelt als bedrohlich wahrnehmen, etwas weil Gewalt herrscht, die Lebensmittel knapp sind (Gelfand 2011) oder eben Krankheiten grassieren, neigen sie zum »autoritären Reflex«, wie Moralpsychologen sagen (Inglehart 2018). Die Bedrohung aktiviert ein archaisches Gefahrenabwehrsystem, in dessen Zentrum zwei emotionale Schutzmechanismen stehen: Angst und Ekel (Curtis 2011). Evolutionär gesehen warnt Angst uns vor Gefahren und Ekel schützt uns automatisch vor Infektionen, doch in der modernen Zivilisation nehmen diese Affekte gefährliche Formen an. Ist der autoritäre Reflex aktiviert, sehnen sich Menschen nach starken Herrschern und sind argwöhnisch bis feindselig gegenüber all jenen, die ihnen »fremd« erscheinen, sei es aufgrund der Kleidung, der Sprache, der Religion oder der Hautfarbe (Sibley/Duckitt 2008). Das kann man gerade innerhalb der Länder beobachten, aber auch in den Beziehungen zwischen den Staaten.

Autoritäre Staatschefs haben ein gutes Gespür für diese Dynamik. So hat Chinas Staatspräsident Xi Jinping behauptet, das Corona-Virus sei gar nicht in China entstanden – nicht nur um Verantwortung von seinem Land zu weisen, sondern vor allem, um die Gefahr als etwas darzustellen, was von außen kommt. Orbans Erfolg, nun per Dekret als Alleinherrscher in Ungarn zu regieren, fällt in dieses Raster genauso wie Trumps Rede von einem »chinesischen Virus«. Wenn in den nächsten Monaten eine weltweite Rezession einsetzt, werden viele Menschen Teile ihres Einkommens und ihre Arbeitsplätze verlieren. Zu der Gefahr einer Infektion kommt dann noch die ökonomische Bedrohung. Beide Szenarien verstärken

den autoritären Reflex, der sich besonders drastisch auf die Einschätzung der Flüchtlingssituation auf den griechischen Inseln und den Außengrenzen der EU auswirken wird. Sobald die Pandemie die Flüchtlingslager erfasst hat, wird nicht nur die humanitäre Situation vor Ort verheerend sein. Nachrichten oder gar Bilder von kranken Flüchtlingen kann auch die Einwanderungspolitik der EU nachhaltig prägen.

Aus der deutschen Geschichte kennen wir den absoluten Extremfall dieses Bildes: Die Nationalsozialisten haben eine gesellschaftlich verbreitete Infektionsabscheu der Bevölkerung gegenüber Juden verstärkt, ein Apartheitsregime errichtet und so den systematischen Massenmord vorbereitet. Goebbels Redeweise von Juden als »Parasiten« und »Bazillen« ist so menschenverachtend, dass man sie kaum in Anführungsstrichen wiederholen will. Doch diese Infektionsmetaphern waren schon Jahrzehnte zuvor im Umlauf. Die Nationalsozialisten haben sie nicht erfunden, sondern durch ihre Propaganda erweitert und systematisiert. Auch wenn es sich, wie gesagt, um den Extremfall der Weltgeschichte handelt, muss man in Zeiten von Pandemien für die Wirksamkeit dieses Reflexes besonders sensibilisiert sein.

Auch wenn es also herzerwärmend war, als Italiener und Spanier in den Hinterhöfen Volkslieder gesungen haben, um sich Mut zu machen. Die Kehrseite der patriotischen Vorstellung, man lebe im »schönsten Land der Welt«, ist die Idee, man müsse dieses Land gegen gefährliche Eindringlinge verteidigen.

Kollektivistisches Denken ist immer zweischneidig: Es kann ausschließen, dann führt es zu Fremdenfeindlichkeit. Doch es kann auch einschließend sein. Für diese Variante, die Solidarität, gibt es

inzwischen ebenfalls viele Beispiele aus dem Alltag: Einkaufshilfen für Rentner, freiwillige Kinderbetreuung, online übertragene Livekonzerte, Sorgentelefone für einsame Menschen und die, wenn auch spärliche, Krisenhilfe zwischen den Staaten. Nicht nur der autoritäre Reflex gründet sich auf emotionale Neigungen, die unsere Alltagsmoral prägen, sondern auch die Solidarität. Sie entspringt unserem Mitgefühl.

## Globale Solidarität

»Wir sind nicht systemrelevant!« Das denken gerade einige Unternehmensberater und Startup-Gründer in Berlin, wie mir ein Freund erzählt hat, der die Szene kennt. Ihre Kinder müssen zuhause bleiben, weil die KITAs nur noch den Nachwuchs von systemrelevanten Berufen aufnehmen: von Krankenpflegern, Ärztinnen, Busfahrern und Polizistinnen. In unseren Nachbarländern ist die Lage ähnlich.

Diese Berufe sehen wir plötzlich mit anderen Augen. Nicht zuletzt daran zeigt sich, dass die Corona-Pandemie gerade in einem Großteil der Gesellschaft einen Wertewandel beschleunigt, der bisher vor allem bei der jüngeren Generation und den urbanen Progressiven zu beobachten war. Viele stellen jetzt die Systemfrage: Wie wollen wir in Zukunft leben? Weiter im Hyper-Individualismus, der die Freiheit jedes einzelnen in den Vordergrund stellt? Oder wollen wir, auch international, mehr Solidarität wagen, einen rationalen, globalen Kollektivismus entwickeln und altertümlich klingende Ideen wie »Gemeinwohl« und »Gemeinsinn« rehabilitieren?

Für den zweiten Weg haben sich gerade viele entschieden. Sie akzeptieren, dass das Kontaktverbot und die selbstgebastelten Gesichtsmasken ihre individuelle Freiheit zum Wohle der Allge-

meinheit einschränken. Auch eine Aufwertung der systemrelevanten Berufe kann man beobachten. Die Krise reduziert das Leben auf seine Essenz und führt uns damit vor Augen, dass wir als Gesellschaft, ohne es richtig zu merken, lange Zeit falsche Prioritäten gesetzt haben. Wir haben die Menschen in der Kreativ-, Tech- und Medien-Szene belohnt, also die Einzelkämpfer, die Lauten, die Entertainer: mit Geld und vor allem mit sozialer Anerkennung, der kostbarsten Währung unserer Zeit. Viel zu wenig dagegen haben wir Berufen der kritischen Infrastruktur unsere Wertschätzung entgegengebracht: der Medizin, der Arbeit in der Pflege und der Familie, den Berufen der Versorgung mit Wasser, Energie, Lebensmitteln und Paketen, dem öffentlichen Dienst, selbst der Wissenschaft, die still und unglamourös in den Laboren und Forschungszentren ihr Dasein fristet.

Die junge Generation der unter 35-jährigen ist für Fragen des Gemeinwohls und globaler Solidarität besonders sensibilisiert. Das zeigt sich in Bewegungen zum Klimaschutz wie Fridays for Future ebenso wie in einer positiven Einstellung zum Mietendeckel oder zum bedingungslosen Grundeinkommen. Das zeigt sich auch im Impuls, alles Böse in der Welt »dem Kapitalismus« oder »dem Neoliberalismus« anzulasten. Der Staat soll nach Ansicht der jungen Progressiven für mehr kollektive Gerechtigkeit sorgen. Je mehr er eingreift, desto besser. Das geht so weit, dass inzwischen die Hälfte der US-Amerikaner zwischen 18 und 29 den Sozialismus positiv sieht, ein Phänomen, dass die britische Zeitung *Economist* »Millennial Socialism« getauft hat. Die Helden dieses jungen und überdurchschnittlich gebildeten Milieus sind Alexandria Ocasio-Cortez und Bernie Sanders.

Bei genauerer Betrachtung geht es den Jungen aber gar nicht um die Abschaffung des Kapitalismus. Die wenigsten gründen ihre Haltung auf eine ökonomische Theorie. Selbst wenn die Millennial-Sozialisten von »Enteignung« sprechen, wollen sie nicht grundsätzlich das Privateigentum verstaatlichen. Ihnen geht es um etwas Größeres, aber auch Diffuseres: Sie hadern mit den Ungerechtigkeiten der globalen Wirtschaftsordnung. Sie sind von einem starken Mitgefühl für die Unterdrückten und Diskriminierten angetrieben, wie Studien zeigen, sogar für Tiere und die Natur (Waytz 2019).

Corona zwingt uns gerade alle, in diesen globalen Dimensionen zu denken, denn das Virus kennt keine Staatsgrenzen. Der Individualismus des Westens wird durch eine winzige Proteinstruktur von 125 Nanometern herausgefordert, die nur durch mehr Kollektivismus bekämpft werden kann. Das Virus zwingt uns, unseren progressiven Freiheitsbegriff zu überdenken, bei dem es immer mehr um Selbstverwirklichung und Singularisierung ging, um ein Leben, dass immer ausgefallener und hedonistischer wurde (Reckwitz 2017).

Freiheit war ein Leitbegriff nach dem Fall der Mauer und dem Ende des Kalten Krieges. Und tatsächlich hat die Welt in den letzten 30 Jahren eine beispiellose Demokratisierungswelle erlebt. Auch im Westen haben wir individuelle Freiheitsrechte dazugewonnen, beispielsweise durch die Legalisierung der Ehe für Homosexuelle und durch Gleichbehandlungs- und Antidiskriminierungsgesetze in vielen Ländern. In der Wirtschaft wurde Freiheit allerdings auf dem »dritten Weg« von Clinton, Schröder und Blair primär als Privatisierung von damals öffentlich angebotenen Gütern uminterpretiert: Energieversorgung, Mobilfunk, Paketdienste, Bahn, Krankenhäuser, Schulen und Universitäten. In Deutschland kam mit der Agenda

2010 die Liberalisierung des Arbeitsmarktes hinzu. All diese Maßnahmen haben zwar sicherlich Vorteile mit sich gebracht: Die Energie- und Telefonkosten sind gesunken, die Hartz-Reformen haben nachweislich Arbeitsplätze geschaffen. Doch die Ärmsten und Schwächsten der Gesellschaft konnten kaum davon profitieren, alleinerziehende Mütter zum Beispiel oder Langzeitarbeitslose und Kranke (Walwei 2017). Die ökonomische Freiheit hat weltweit die Ungleichheit vergrößert, zudem noch auf Kosten der Natur und des Klimas. In diesem Punkt steht das progressive Prinzip der Freiheit mit den anderen zwei progressiven Prinzipien »Solidarität« und »Gerechtigkeit« im Widerspruch (Hübl 2019).

Wie weltweite Studien zu der Entwicklung moralischer und politischer Werte zeigen, kommt es den Menschen in Entwicklungsländern vor allem auf materielle Sicherheit an (»survival values«), die Rolle im Kollektiv ist entscheidend, die Religion prägt den Alltag (Inglehart/Welzel 2005). Sobald sich Länder industrialisieren und sich die Lebensbedingungen verbessern, gewinnt die Individualisierung immer mehr an Bedeutung: die Autonomie rückt in den Vordergrund (»self expression values«), die Menschen wollen sich mit ihrem Beruf persönlich verwirklichen, eine säkulare Weltordnung verdrängt die alte Stammesmoral und die Wissenschaft tritt an die Stelle der Religion. An diesem Punkt stehen die jüngeren Generationen im Westen. Sie sind mit einer historisch einmaligen materiellen Sicherheit aufgewachsen. Ihre Werte sind im Vergleich zu früheren Generationen besonders liberal, universalistisch und solidarisch.

Die Pandemie bedroht nun diese Sicherheiten existenziell und hebt gleichzeitig die Ungerechtigkeit der Welt hervor: die Armen leiden am meisten. Gerade in der Corona-Pandemie erleben wir

einen starken Staat, der einzelnen Menschen Freiheiten nimmt, um die Schwachen zu schützen. Viele müssen plötzlich konsequentialistischer denken, als sie es gewohnt sind, auch wenn die Klimaaktivisten das schon lange fordern: Welche Spätfolgen hat meine heutige Handlung in den nächsten Tagen, Wochen, Jahren? Wie intensiv darf ich kollektive Güter nutzen und wie sehr schadet mein Verhalten der Allgemeinheit?

Ein moderner, weitgefasster Gemeinwohlbegriff muss festlegen, dass wir Menschen von bestimmten Gütern nicht ausschließen *sollten*. Neben Straßen, Grünflächen und dem öffentlichen Rundfunk gehören dazu auch solche, die noch vor gar nicht allzu langer Zeit private Luxusgüter darstellten wie Medizin, Bildung und digitale Kommunikation. Das zeigt die Pandemie ebenfalls.

Schon vor der Corona-Krise haben Forscher, Umweltaktivisten und die Demonstranten von Fridays for Future immer wieder betont, dass das Klima ein öffentliches Gut ist, das der ganzen Menschheit gehört und das wir durch unseren Lebensstil schädigen. Die weltweiten Rohstoffe im Prinzip auch: Sie werden von den Industrienationen verbraucht, obwohl sie allen gleichermaßen zustehen sollten. Wenn nun in der aktuellen Krise Quarantäne-Rohstoffe wie Toilettenpapier und Atemschutzmasken knapp werden, spüren wir plötzlich alle, was Ressourcenmangel bedeutet.

Die vermutlich bisher am wenigsten geklärte Frage zum Gemeinwohl lautet: Wem gehören die Daten? Die Pandemie zeigt auf fatale Weise, dass man die Infektionskurve nur dann abflachen kann, wenn man international alle Daten austauscht. Hätten die Länder im Februar besser kommuniziert, hätte man die Verbreitung schon früh nachhaltig dämpfen können. Die Pandemie macht also deutlich, dass

Informationen zentraler Bestandteil der kritischen Infrastruktur sind so wie Wasser, Strom und Nahrung. Mehr noch: Es sind Güter, die weder exklusiv noch umkämpft sein sollten. Daher ist es umso skandalöser, dass Monopolisten wie Facebook und Google den alleinigen unkontrollierten Zugriff auf unvorstellbar viele Daten haben, von deren Nutzung alle profitieren könnten. Genauso skandalös: Universitäten und damit Staaten, die sie finanzieren, zahlen gewaltige Summen an die großen Wissenschaftsverlage, um Zugang zu Forschungsartikeln zu erhalten, die überhaupt nur durch öffentliche Mittel entstanden sind. Die Anbieter erwirtschaften so Gewinnmargen, die man sonst nur aus dem Drogen- und Waffenhandel kennt. Auch dieses Wissen sollte kostenlos allen Menschen zustehen. Daten und Wissen, oder allgemeiner: Informationen sind nämlich nicht der »Rohstoff« des 21. Jahrhunderts, wie es oft heißt, sondern etwas Wertvolleres: ein abstraktes Investitionsgut, das man im Prinzip unendlich oft nutzen kann. In der Krise zeigt sich ihr Wert besonders deutlich, daher kann die Krise helfen, die Erkenntnis zu verbreiten, dass man systemrelevante Informationen nicht privatisieren darf.

## Die Zukunft

Die große Herausforderung in diesem und im nächsten Jahr wird sein, einen rationalen Kollektivismus zu kultivieren, die internationale Solidarität zu vergrößern und dabei gleichzeitig die Nerven zu behalten, um nicht in den autoritären Reflex zu verfallen.

Weil Gesellschaften eine Trägheit innewohnt, wird nach der Krise wieder vieles beim Alten sein. Das Leben wird sich einpendeln, die Menschen werden wieder arbeiten, konsumieren, ihren

Urlaub nachholen, neue Unternehmen gründen, und die Börsenkurse werden sich erholen.

Wenn wir jedoch aus der Pandemie etwas lernen, dann könnte sie den kontinuierlichen progressiven Wertewandel beschleunigen, indem die Idee einer globalen Solidarität und der Wertschätzung des Gemeinwohls dauerhaft virale Verbreitung findet. Dann werden wir auch nach der Krise Pandemie-Apps auf dem Smartphone installieren, unseren eigenen Lebenswandel mit CO<sub>2</sub>-Zählern überprüfen, mehr in die Entwicklungshilfe investieren, die Berufe der kritischen Infrastruktur aufwerten und das Wissen der Welt allen zugänglich machen. Und wir werden mehr dafür sensibilisiert sein, was wirklich relevant ist für unser System – und unser Leben.

Teile dieses Essays sind bereits auf *ZEIT online* und in der *Frankfurter Rundschau* erschienen.

**Philipp Hübl**, geboren 1975, ist Philosoph und Autor des Bestsellers *Folge dem weißen Kaninchen ... in die Welt der Philosophie* (2012) und anderer philosophischer Bücher. Zuletzt ist von ihm bei C. Bertelsmann erschienen *Die aufgeregte Gesellschaft. Wie Emotionen unsere Moral prägen und die Polarisierung verstärken*.

## Verwendete Literatur

Curtis, Valerie (2011) »Why Disgust Matters« *Philosophical Transactions of the Royal Society of London: Biological Sciences* 366(1583): 3478–3490

Faulkner, Jason et al. (2004) »Evolved Disease-Avoidance Mechanisms and Contemporary Xenophobic Attitudes« *Group Processes and Inter-group Relations* 7(4): 333–353

- Gelfand, Michele et al. (2011) »Differences Between Tight and Loose Cultures: a 33-nation Study« *Science* 332(6033): 1100–1104
- Huang, Julie Y. et al. (2011) »Immunizing against Prejudice: Effects of Disease Protection on Attitudes Toward Out-groups« *Psychological Science* 22(12): 1550–1556
- Hübl, Philipp (2019) *Die aufgeregte Gesellschaft. Wie Emotionen unsere Moral prägen und die Polarisierung verstärken*. München: C. Bertelsmann
- Inglehart, Ronald (2018) *Cultural Evolution. People's Motivations are Changing and Reshaping the World*. Cambridge: Cambridge University Press
- Inglehart, Ronald und Welzel, Christian (2005) *Modernization, Cultural Change and Democracy*. New York und Cambridge: Cambridge University Press.
- McCrae, Robert R. und Allik, Juri (Hg.) (2002) *The Five-factor Model of Personality across Cultures*. New York: Kluwer Academic/Plenum
- Navarrete, Carlos David und Fessler, Daniel M. T. (2006) »Disease Avoidance and Ethnocentrism: The Effects of Disease Vulnerability and Disgust Sensitivity on Intergroup Attitudes« *Evolution and Human Behavior* 27: 270–282
- Olatunji, Bunmi O. et al. (2006) »Evaluative Differential Conditioning of Disgust: A Sticky Form of Relational Learning that is Resistant to Extinction« *Journal of Anxiety Disorder* 21(6): 820–834
- Reckwitz, Andreas (2017) *Die Gesellschaft der Singularitäten*. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Schaller, Mark und Park, Justin H. (2011) »The Behavioral Immune System (and why it Matters)« *Current Directions in Psychological Science* 20: 99–103
- Sibley, Chris und Duckitt, John (2008) »Personality and Prejudice: A Meta-Analysis and Theoretical Review« *Personality and Social Psychology Review* 12(3): 248–279
- Thornhill, Randy et al. (2009) »Parasites, Democratization, and the Liberalization of Values across Contemporary Countries« *Biological Review* 84: 113–131
- Walwei, Ulrich (2017) »Agenda 2010 und Arbeitsmarkt: Eine Bilanz« *Aus Politik und Zeitgeschehen* 26
- Waytz, Adam et al. (2019) »Ideological Differences in the Expanse of the Moral Circle« *Nature Communications* 10, 4389